

Die kleine freiwirtschaftliche Bibliothek

Wege zur Natürlichen Wirtschaftsordnung
bzw. Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

zusammengestellt
von
Tristan Abromeit

Dezember 2007

www.tristan-abromeit.de

Text 56.25

(1+33 Seiten)

Ekkehard Lindner

Mensch und Markt

Plädoyer für eine konsequente Marktwirtschaft
als Voraussetzung für Selbstbestimmung und
Mitbestimmung des Menschen in Wirtschaft und
Gesellschaft

(1973 / 76)



SS

Mensch und Markt

Plädoyer für eine konsequente Marktwirtschaft als Voraussetzung für
Selbstbestimmung und Mitbestimmung des Menschen in Wirtschaft und
Gesellschaft.

Ekkehard Lindner

**M
W**

EKKEHARD LINDNER

Mensch und Markt

Vorwort

Diese Schrift wurde als Aufsatz in der 26. Folge der Zeitschrift „mtg“ – mensch – technik – gesellschaft im Mai 1973 veröffentlicht.

Darin wird versucht, über die schon oft beschriebene gegenseitige Bedingtheit von Marktwirtschaft und Demokratie hinaus, die Marktwirtschaft als ein Feld zu begreifen, auf dem im kybernetischen Sinne Konfliktlösungen in Kreisprozessen durch Selbststeuerung im Wege negativer Rückkoppelung ablaufen. Dabei wird der Kapitalismus als Störfaktor im Feld der Marktwirtschaft entdeckt. Weiterhin war das zunehmende Leiden der Menschen am kapitalistischen System Anlaß zu der Frage, inwieweit die menschliche Triebkonstitution in einer ungestört funktionierenden Marktwirtschaft die natürliche Entsprechung findet und damit Raum zur aggressiven Entlastung im Sinne einer Symbiose, also des Zusammenlebens zu gegenseitigem Nutzen. Da die Wohlfahrt des Menschen und nicht nur die Befriedigung seiner materiellen Bedürfnisse Ziel alles Wirtschaftens ist, eröffnet der chancengleiche

Wettbewerb als sublimierte Aggression die Aussicht auf eine Gesellschaftsordnung, die menschlicher und friedlicher, weil der menschlichen Triebausstattung gemäßer sein kann. Damit entfiere weitgehend die Möglichkeit, durch Triebverzicht erzeugten Aggressionsstau auf zwischenstaatliche Konflikte bis hin zum Krieg abzulenken, einem zur Bewahrung des status quo bis heute beliebten Mittel nationaler Politik.

Eine solche realistische Vision setzt ganzheitliches Denken voraus, ohne daß innovatives Denken nicht möglich ist.

In unserer immer menschenfeindlicher werdenden Lebenswirklichkeit ist aber die isolierte Wahrnehmung der Probleme und ihre scheinbare Lösung die Regel.

Die Ratlosigkeit der Regierenden hat Bundespräsident Scheel anlässlich der Verleihung des Theodor-Heuss-Preises am 11. Februar 1977 mit folgenden Worten ausgedrückt:

„Keine politische Frage kann mehr als Einzelproblem behandelt werden; jede kann nur noch in einer politischen Gesamtkonzeption sinnvoll beantwortet werden. Solche politischen Gesamtbilder zu erarbeiten erscheint mir als die große Aufgabe der Politik am Ende des Jahrhunderts. Dieses Problem ist so umfassend, so komplex und schwierig, daß es billig wäre, irgend jemanden für das Fehlen eines solchen Konzeptes verantwortlich zu machen. Geben wir es offen zu, wir haben alle keins.“

So sehr auch die für einen Politiker ungewöhnliche Ehrlichkeit zu würdigen ist, es fehlt doch die Aufforderung, produktiv weiterzudenken, so daß insbesondere angesichts der genannten Schwierigkeiten die Gefahr besteht, in Resignation abzugleiten. Vielmehr verlangt aber das Eingeständnis einer fehlenden Gesamtkonzeption die Aufforderung, in eine breite Diskussion unserer Zukunftsfragen einzutreten, da ein Umdenken, das einem Neudenken unweigerlich vorausgehen muß, nicht ohne eine Erschütterung des Gefühls, ein Leiden am Bestehenden, vollzogen werden kann.

Die Natur liefert uns die durch die Kybernetik wiederentdeckten Grundlagen für die Organisationsstruktur der Systeme, des Gesellschafts- und des Wirtschaftssystems. In einer vom Kapitalismus befreiten Marktwirtschaft werden wie etwa nach dem Prinzip des Jiu Jitsu durch intelligente Steuerung bereits existierende Kräfte und Energien gelenkt und zur optimalen Nutzung der Ressourcen sowie der psychischen und physischen Wohlfahrt des Einzelnen und der Allgemeinheit geführt werden.

So gesehen ist die Erarbeitung politischer Gesamtbilder, wie sie in der vorliegenden Schrift versucht wird, zwar komplex aber nicht schwierig, wenn es nicht schwierig ist, sich wieder der Natur als des großen Lehrmeisters zu erinnern.

Ekkehard Lindner

Angesichts der zunehmenden Abwertung unserer bestehenden Ordnung und der wachsenden anti-liberalen und dirigistischen Tendenzen in der Wirtschaftspolitik ist es erforderlich, gegen die Geringschätzung Front zu machen, die die Marktwirtschaft heute selbst in radikaldemokratischen Kreisen erfährt.

Es soll hier der Versuch gemacht werden, die Marktwirtschaft als Funktionsmechanismus aus dem rein materiellen Bezug herauszuheben, um zu verdeutlichen, daß der Markt auch ein gesellschaftlicher Mechanismus ist, durch den gesellschaftliche Interessengegensätze und Konflikte autonom, d. h. durch sich selbst steuernde Regulative ausgeglichen werden. Der Markt als Nichtorganisation ist die einzige Kooperationsform ohne Herrschaft, die dazu in der Lage ist, die staatliche Aktivität zu Gunsten der individuellen im weitesten Sinne zu beschränken. Das bedeutet nicht, daß es etwa schon gelungen wäre, partielle Machtverhältnisse aufzulösen, die durch Mono- und Oligopole entstehen.

Entsprechend der Interdependenz der Teilordnungen muß die Aufhebung des marktwirtschaftlichen Prinzips folgerichtig auch zur Aufhebung des liberalen und demokratischen Wertesystems führen, was zu einem Hinweis auf die systemwidrige Ordnung im Kulturbereich mit den sich häufenden Konflikten herausfordert.

Es soll im Rahmen dieser Abhandlung aber auch dem psychologischen Aspekt im Verhältnis zwischen Mensch und Marktwirtschaft nachgegangen werden. In seinem Buch „Aggression“ stellt Prof. HACKER fest, „daß die zivilisierte Menschheit an mangelnden Abfuhrmöglichkeiten des aggressiven Triebes leidet“¹⁾, was zu einer zunehmenden Brutalisierung unserer Gesellschaft führt, und er leitet daraus die soziale Aufgabe ab, „lebensfördernde Ausdrucksformen der Aggression herzustellen und zu begünstigen“²⁾. Dementsprechend soll hier Wettbewerb als eine Möglichkeit dargestellt werden, sublimierte Formen der Aggression zu erlernen und in gesellschaftlich nützlicher Weise auszuüben²⁾.

Die Verurteilung der Marktwirtschaft resultiert aus einer Verengung des Denkens, dem die über die Produktions- und Verteilerfunktion hinausgehende

**Marktwirtschaft –
Vehikel des
Kapitalismus**

Bedeutung des Marktes für alle Lebensbereiche verschlossen geblieben ist. Die offenliegenden Mängel der Marktwirtschaft werden fälschlicherweise als systemzugehörig festgestellt, obgleich sie vielmehr als Ergebnisse marktwirtschaftsfeindlicher Einwirkungen begriffen werden müssen, die dem kapitalistischen Wirtschaftssystem anzulasten sind. Eine Gleichsetzung von Marktwirtschaft und Kapitalismus ist demnach nicht gerechtfertigt.

Marktwirtschaft kann zwar als Vehikel des Kapitalismus mißbraucht werden, ist aber nicht das alleinige, wie staatskapitalistische Ordnungsformen etwa in Deutschland 1933—1945 und im gegenwärtigen Frankreich bezeugen, wo essentielle Kriterien der Marktwirtschaft eliminiert waren und sind. Marktwirtschaft ist die freiwillige Kooperation von Individuen oder Gruppen und die freiwillige Koordination von Einzelplänen zur Erreichung optimaler Leistung und maximalen Gewinns. Diesen auf Interessenausgleich gerichteten Funktionen der Marktwirtschaft wirken als Störfaktoren in erpresserischer Weise Rechte entgegen, die den Kapitalismus kennzeichnen: Geldrecht, Bodenrecht, Patentrecht, Zollrecht.

Marktwirtschaft kontra Kapitalismus

Marktwirtschaft impliziert Wettbewerb, sie setzt also Freiheit und Gleichheit voraus, was dem Monopolcharakter des Kapitalismus widerspricht. Kapitalismus führt sukzessive zu einer Einschränkung marktwirtschaftlicher Prinzipien, und das gilt insbesondere für den Hochkapitalismus gegenwärtiger Ausprägung. Seine Gesetzmäßigkeiten reduzieren die Marktwirtschaft zum Zwecke der Gewinnmaximierung zunehmend in einer die Allgemeinheit schädigenden Weise auf die reine Verteilerfunktion, während das Prinzip des Wettbewerbs im Sektor der Produktion wachsende Einengung erfährt.

Exemplarisch dafür seien nur genannt die sich beschleunigende Konzentration der Produktion und die damit verbundene Ausschaltung des Wettbewerbs und der freien Preisbildung sowie der Widerstand der deutschen Exportindustrie gegen gleitende Wechselkurse (Floating). Die Gegenmaßnahmen staatlicher Wirtschaftspolitik, die sich an der Investitionsbereitschaft der Kapitaleigner orientieren müssen, versagen trotz Kartellamt im ersten Fall, während im zweiten Fall das staatliche Inter-

esse an Vollbeschäftigung ein Verhalten diktiert, das den Interessen der Exportindustrie konform ist, obgleich Preisstabilität staatlicherseits immer wieder beschworen wird.

Konsequente Marktwirtschaft ist der Feind des Kapitalismus, wie Kapitalismus der Feind konsequenter Marktwirtschaft ist. Wir können deshalb davon ausgehen, daß unter kapitalistischen Bedingungen Marktwirtschaft unterentwickelt bleiben muß.

Konsumenten-Interessen und Produzenten-Interessen, die wiederum an die Kapitalinteressen gebunden sind, standen sich in ihrem Interessenkonflikt bisher nie gleichberechtigt gegenüber. Da wir Marktwirtschaft nur in Ansätzen kennengelernt haben, konnte sich Chancengleichheit nicht entwickeln. Um die Macht der Produzenten-Interessen zu brechen, wollen die Marxisten die Produktion verstaatlichen, um nun doch wieder gegen das Interesse der Konsumenten einseitig die Macht des Produzenten, in diesem Falle also des Staates, durchzusetzen. Aber auch in den westlichen Demokratien gibt es massive Eingriffe des Staates in die Marktwirtschaft. Zwar verfolgt er damit die Absicht, die Vollbeschäftigung als Grundlage des sozialen Friedens zu erhalten, aber er setzt dadurch doch wieder einseitig die Interessen der Produzenten durch, die ihrerseits wieder unter dem Druck der Kapitalinteressen stehen.

Der Widerstreit der Interessen gehört zum Lebensschicksal des Menschen; er zeigt sich zwischen Menschen und der Natur, zwischen den Menschen untereinander, ja in jedem Menschen selbst, der wählen und auswählen muß, und er ist so tief verwurzelt, daß er nicht eliminiert werden kann. Man kann die Kräfte des Wettbewerbs als Naturkräfte bezeichnen, als menschliche Triebkräfte, die letztlich das Schicksal der Menschheit tragen und vorwärtstreiben, so daß eine uneingeschränkte Marktwirtschaft als eine natürliche Wirtschaftsordnung angesehen werden muß.

Die größte Gefahr, die heute die Menschheit bedroht, ist die Verstaatlichung des Lebens, die Absorption jedes spontanen sozialen Antriebs durch den Staat, also die Unterdrückung der historischen Spontaneität des Menschen. Das politische System der Demokratie ruht auf der Voraussetzung, daß der freie, einzelne, selbstverantwort-

**Wettbewerb als
menschliche
Triebkraft**

liche Mensch dem Bilde des Menschen am vollkommensten gleicht. Wenn wir diese Voraussetzung für illusionär halten, werden wir erneut dem Sog restaurativer Herrschaftsformen oder der gefährlichen Kurzschlüssigkeit des durchgeplanten Kollektivs erliegen müssen.

Anpassung oder Autonomie des Menschen

Erich FROMM hat einmal geschrieben: „Während in den Anfängen der westlichen Kultur, und zwar sowohl bei den Griechen als auch bei den Juden, die Vervollkommnung des Menschen als das Ziel des Lebens galt, befaßt sich der moderne Mensch mit der Vervollkommnung der Dinge und mit dem Wissen, wie man sie herstellt³).“ „Unsere Kenntnisse über die Gesetzmäßigkeiten, die unser seelisches Dasein bestimmen — als Individuum wie als Glied der Gesellschaft —, (haben) in keiner Weise mit dem Wachstum unseres Wissens um Naturgesetze und Naturgeschichte schrittgehalten“, meint Alexander MITSCHERLICH, und er sieht in der offenbaren Abwehr dieses möglichen Wissens über unser seelisches Dasein die vielleicht einzig wirkliche Gefahr, welche die Menschheit bedroht⁴).

Im Gegensatz zu dem uns noch heute in Erziehungsrichtlinien vorgestellten autonomen Menschen, hat sich das Bild der Wirklichkeit gewandelt. Das Ziel ist nicht mehr die geistig unabhängige, sich selbst bestimmende Persönlichkeit, sondern der an die Gesellschaftsstruktur mit ihren einschmelzenden Bedingungen angepaßte Mensch. Die Neue Linke lehnt sich zwar auf gegen die Anpassung an den Kapitalismus, aber sie fordert wiederum die Anpassung an den Sozialismus/Kommunismus.

Sicherheit in der Konformität

Der Gegensatz zwischen der Arbeitswelt und der privaten Sphäre klafft immer weiter auseinander. Humanität wird zum Reservat der Privatpersönlichkeit. Die wachsende Unüberschaubarkeit der Institutionen und der mit der Sicherung der materiellen Existenz sich steigernde Anpassungsdruck lassen den Menschen die innere Distanz zu den ihn umgebenden Mächten verlieren, die aber Voraussetzung für ein furchtloses und rationelles Handeln eines Individuums ist. Mit dieser schwindenden Distanz aber geht das Selbstwertgefühl des Menschen verloren und mit ihm die Fähigkeit, in dem immer wieder neu zu leistenden Wechselspiel

zwischen Anpassung und Widerstand die erforderlichen Entscheidungen zu treffen. So wird der Mensch mit dem schwindenden Selbstwertgefühl abhängig von äußeren Wertmaßstäben und gesellschaftlichen Normen, dem Erfolg, dem Urteil der anderen. Damit wächst aber auch seine Abhängigkeit von den anderen, und er sucht seine Sicherheit in der Konformität. Sein soziales Gewissen hat er auf den Staat übertragen und ist als privates Individuum beherrscht von selbstsüchtiger Sorge um seine Person. Weil er den Staat zur Verkörperung seiner sozialen Empfindungen gemacht hat, fühlt er sich der Verantwortung gegenüber den Mitmenschen enthoben. Der Staat wird zum Götzen, dem Unterwerfung und Anbetung der Symbole sicher sind, wobei die Frage nach der Staatsform immer mehr zweitrangige Bedeutung erlangt. Das Ergebnis ist, um mit David RIESMAN zu sprechen, der außengeleitete Mensch, dessen Verhalten als eine Abfolge verschiedener Rollen bezeichnet werden kann.

Forschen wir nach den Ursachen, und befragen wir die führenden Sozialpsychologen unserer Zeit insbesondere nach den Ursachen der verbreiteten politischen Interessenlosigkeit. Nach Alexander MITSCHERLICH hat das Individuum das Gefühl gewonnen, daß seine aus der Anpassung erwachsenden Verzichte im Grunde nichts bewirkt haben, daß sie ihm keine tatsächliche Erleichterung seines sozialen Lebens bringen konnten. Als Ergebnis sieht MITSCHERLICH eine narzißtische Gefühlsverschiebung, eine Hinwendung zum eigenen egoistischen Interessenbereich. Was sich außerhalb dieser Kleinwelt abspielt, wird verleugnet, denn die sich unabsehbar verändernde Umwelt ist unüberschaubar geworden und in ihrem funktionalen Zusammenhang nicht mehr zu verstehen⁵). „In Wirklichkeit verschlingt diese Realitätsverleugnung jedoch viel Energie, die vor allem der libidinösen Objektbesetzung entzogen wird⁶).“ Der mürrische, unfreundliche, lieblose Mensch ist eine Alltagsercheinung, denn das Unwissen von der Realität kann nur immer wieder das Unbehagen an der Realität verstärken und damit die Neigung zu narzißtischer Gefühlsverschiebung. So gesehen befindet sich der moderne Mensch in einem *circulus vitiosus*, und „massenhaft bahnen sich frustrierte Wünsche in realitätsverleugnender, soziale Kontakte zerstörender Weise den Weg“⁷). Die aufge-

**Interessenlosigkeit
durch
Realitätsverleugnung**

stauten Aggressionen verlieren sich in massenhaft angebotenen Ersatzhandlungen, um schließlich in konformistische Unterwürfigkeit zu münden und auf eine Sozialisierung zu verzichten. „Daraus mag dann freilich jene vielbeklagte Apathie und Interesselosigkeit, jenes Herumlungern an den Ausgabestellen des Wohlfahrtsstaates und jenes planlose individuelle Quälen und Morden resultieren, die ein Merkmal unserer Epoche sind⁸⁾.“

Konsumverhalten als Ersatzbefriedigung

Im Zusammenhang mit der hier betrachteten Realitätsverleugnung und der Flucht in das Private steht das Konsumverhalten des Menschen⁹⁾, in dem sich die Überzeugung ausdrückt, daß alles Heil von außen kommen müsse und es kaum einer Eigenleistung bedürfe, um Mißstände zu beseitigen. Neben dem fehlenden Willen zur Eigenleistung werden auch Entbehrungs- und Verweigerungssituationen ebenso abgelehnt wie Schmerzen und Leiden, aber auch Anstrengungen zur Lösung persönlicher Probleme und mitmenschlicher Schwierigkeiten. Der durch Erziehung und Berufsalltag erfahrene Triebverzicht und Aggressionsstau sucht sich ein Ventil in zügellosem Genußstreben, das mit der These, jeder habe ein „birthright to happiness“, gerechtfertigt wird. Eine Vielzahl von Zivilisationskrankheiten mit psychosomatischen Ursachen gibt davon Kenntnis, daß der Mensch hier seine Aggressionen gegen sich selbst richtet, und er ist dabei der Meinung, sich als Ausgleich für die im Alltag erlittenen Frustrationen etwas Gutes anzutun. Der Körper ist aufs engste verknüpft mit der Seele. Doch das widerspricht dem Geist der Konsumgesellschaft und einer Lebenseinstellung, die ich als Philosophie der Quantität und nicht der Qualität bezeichnen möchte.

Trotz des sich ausbreitenden Wohlstandes ist ein Unbehagen nicht zu übersehen, obgleich Besitz doch eigentlich Zufriedenheit suggerieren sollte. Der Lebensrhythmus ist von Hast und Unruhe ergriffen, Betäubung wird in Alkohol, Drogen und anderem gesucht, Oberflächlichkeit macht sich breit, Egoismus und Verantwortungslosigkeit anderen gegenüber feiern seltene Triumphe und Geduld ist zu einer raren Tugend geworden. Dieser den Selbsterhaltungstrieb überwuchernde Egoismus müßte es eigentlich leicht machen, dem Bibelwort entsprechend zu handeln: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.“ Aber die herrschende Lieblosigkeit

beweist, daß die in der Konsumsucht sich ausdrückende Eigenliebe offenbar keine Befriedigung gibt, die notwendig ist, um einen anderen lieben zu können. Eigenliebe braucht wohl nicht so ausschließlich den materiellen, sondern mehr den seelischen Bezug, um zu mitmenschlicher Liebe fähig zu machen.

Der Blick auf den gegenwärtigen Zustand des Menschen war ein notwendiger Exkurs zur Aufhellung der dialektischen Einheit zwischen gesellschaftlichem Sein und gesellschaftlichem Bewußtsein und damit ein Versuch, die Problemstellung vorzuklären, die sich aus dem Thema „Mensch und Markt“ ergibt.

Wie sich Marktwirtschaft und Demokratie gegenseitig bedingen, soll nun nachfolgend dargestellt werden. Die Soziologie des sozialen Konflikts hat zwei gesellschaftspolitische Modell-Alternativen entwickelt, das Harmonie-Modell und das Konflikt-Modell. Will man diese beiden Modelle durch Merkmale charakterisieren, so würde sich als Kennzeichnung des Harmoniemodells ergeben: Konsensus, Statik und Konfliktlosigkeit, während das Konfliktmodell im Gegensatz dazu mit Dissens, Dynamik und Konflikt zu bestimmen wäre. Seine Kennzeichen sind die Konfrontation konkurrierender Ideen, der soziale Wandel, der soziale Konflikt als schöpferisches Moment einer progressiven Gesellschaft und die Entwicklung institutioneller Formen zur Konfliktregelung. Ihr adäquater Rahmen ist die Demokratie, die man etwa als Institution zur Regelung politischer Konflikte bezeichnen könnte. Wenn wir von der Interdependenz der Ordnungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur ausgehen, so bietet die Marktwirtschaft die ökonomische Basis, auf der allein Demokratie zu wachsen vermag, denn Marktwirtschaft ließe sich in Parallelität zur Demokratie definieren als Institution zur Regelung ökonomischer Konflikte. Marktwirtschaft wird hier also gesehen als die ordnungspolitische Voraussetzung von Demokratie, wobei ich betonen möchte, daß ich bei meinen Betrachtungen von einer reinen uneingeschränkten Marktwirtschaft ausgehe, die wir heute nicht haben. In dem Maße, in dem ihre Regelfunktionen behindert werden, muß in einem Prozeß der Rückkoppelung auch der gesellschaftliche Freiheitsraum eine Einschränkung erfahren.

Marktwirtschaft als Voraussetzung von Demokratie

Der Siegeszug der demokratischen Idee im 19. Jahrhundert ist ursächlich verknüpft mit der Idee der Marktwirtschaft, denn der freie Markt ist geradezu Idealtypisch für die Demokratie, weil hier der einzelne der Souverän ist. Als Verbraucher und Nachfrager bestimmt er durch seine Wünsche die Richtung und Stärke der Güterproduktion. Jeder Einkauf entspricht einer Stimmabgabe, jeder ausgegebene Geldschein gleicht einem Stimmzettel. So wird der Interessenkonflikt zwischen Erzeugern und Verbrauchern ausgeglichen, und die Produzenten werden zu Erfüllungsgehilfen der Verbraucherwünsche, und das nicht etwa, weil sie in persönlicher Aufopferung die Verbraucher beglücken wollen, sondern weil ihnen eine Prämie in Form von Gewinn winkt. Die konsequente Verfolgung ihres Einzelinteresses dient somit gleichzeitig dem Gesamtinteresse. Dispositionsfreiheit, Freiheit der Berufswahl, Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, Vertragsfreiheit, Freiheiten also, die wir als sogenannte bürgerliche Freiheiten kennen und schätzen, sind ordnungspolitisch verbunden mit der Marktwirtschaft.

Machtverteilung als Kennzeichen eines freien Marktes

Im Gegensatz zu der heute geübten Praxis sollte es Aufgabe des Staates sein, den rechtlichen Rahmen zu schaffen, damit sich die dem Marktmechanismus immanente autonome Steuerung ungestört auswirken kann. Ziel ist also nicht der Nachwächterstaat im Sinne eines uneingeschränkten Wirtschaftsliberalismus, sondern Ziel ist der für die Freiheit intervenierende Rechtsstaat. Eine funktionierende Marktwirtschaft, in der Interessenausgleich zwischen Produzenten und Konsumenten auf der Basis gleicher Machtpositionen stattfindet, wird der Einflußnahme des Staates am wenigsten bedürfen und damit der Machtzusammenballung oder gar der Machtomnipotenz des Staates am besten entgegenwirken können. Marktwirtschaft beruht auf dem Gegensatz der Machtverteilung, denn „Macht bleibt Macht, von wem auch immer sie ausgeübt wird. Und sie erreicht ihre höchste Gefahrenstufe nicht einmal in privater, sondern gerade in öffentlicher Hand“ (Leonhard MIKSCH). Die Notwendigkeit zu Eingriffen des Staates in den Marktablauf sollte nur dort gesehen werden, wo dem Prinzip der Machtverteilung nicht mehr gefolgt wird.

Wir erleben heute eine Inflation politischer Eingriffe

in die Marktwirtschaft, die, vorgenommen ohne erkennbare ordnungspolitische Vorstellungen, unausgesetzt wieder neue Eingriffe nach sich ziehen, womit bewiesen ist, daß diese Eingriffe fehlerhaft, also nicht systemkonform waren. Der Bundestag wird zum Exerzierfeld einer Fülle scheindemokratischer Entscheidungen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hugo Collet hat lt. „Frankfurter Rundschau“ vom 30. 4. 71 einmal ein Exempel statuiert, indem er demonstrativ einer Abstimmung im Bundestag fernblieb, in der es um eine 213 eng gedruckte DIN-A-4-Seiten umfassende Vorlage ging, die er weder vom Umfang noch von der Sache her hatte bewältigen können, da die Sitzungsmappe jener Woche 4500 Seiten umfaßte. Trotzdem wurde abgestimmt, weil wahrscheinlich das Fehlen eines Abgeordneten für seine Fraktion nicht ins Gewicht fiel. Abgesehen davon, daß solche Entscheidungen nicht mehr als demokratisch bezeichnet werden können, weil wenige Experten das Urteil der anderen zu Stimmvieh degradierten Abgeordneten bestimmen, offenbart sich in dieser Gesetzgebungsinflation aber auch ein Mangel an ordnungspolitischen Vorstellungen, wie er für die hochindustrialisierten Demokratien kennzeichnend geworden ist. Politische Eingriffe in den Marktmechanismus haben nur dann eine Berechtigung, wenn sie die Kräfte des Marktes zu selbstheilender Tätigkeit anregen. Alles, was darüber hinaus geschieht, ist von Übel.

Nun sehen aber die Vertreter einer interventionistischen Wirtschaftspolitik bei einem ungesteuerten Lauf des Marktgeschehens den Grundsatz der Gleichheit in arger Bedrängnis, übersehen aber dabei, daß Ungleichheit und Freiheit korrespondieren und daher Gleichheit auf dem Markt nur gleiche Möglichkeiten und Chancen für alle am Wirtschaftsprozess Beteiligten bedeuten kann. Alles was nach verordneter Gleichmacherei aussieht und etwa eine Nivellierung der Einkommen anstrebt, muß Unfreiheit und Zwang bedeuten. Auch der Wettbewerb hat die Tendenz zur Nivellierung, aber er kennt auch die Gegenteilstendenz, z. B. durch neue Produktionen die Nivellierung zu durchbrechen und Vorteile zu erringen. In diesem Spannungsfeld liegen die Wurzeln der Dynamik, die die Marktwirtschaft auszeichnet.

Trotzdem soll der Einwand nicht übersehen werden, freie Märkte seien wegen der fehlenden ökonomischen

**Gleichheit als
Gleichheit der
Marktchancen**

mischen Nivellierung nicht demokratisch. Im politischen Leben findet die Nivellierung ihren Ausdruck im gleichen Stimmrecht, während auf dem freien Markt die Individuen nur Stimmrecht, d. h. Geld, im Verhältnis zu ihren Beiträgen zur Produktion oder Dienstleistung besitzen. Daraus kann kein hinlänglicher Grund für das Hineinregieren in den Marktmechanismus abgeleitet werden, denn auch die politische Demokratie hätte im Vergleich zur Marktdemokratie einen Leistungsbeweis etwa in Gestalt eines Reifetests für alle Stimmbürger nötig. Die Durchführbarkeit scheidet einfach an dem Fehlen gerechter Testmaßstäbe und den realen Möglichkeiten einer solchen Prozedur. Der fundamentale Fehler der Marktwirtschaft bisheriger Ausprägung, der schon immer sozialen Sprengstoff geliefert hat, liegt darin, daß die Reichen eine viel größere Macht und Kontrolle über die Produktion und ihre Verteilung ausüben können als die Armen. Ist der Reichtum jedoch allein auf Grund eines freien und gleichen Wettbewerbs bei ungehinderter Auswirkung des Leistungsprinzips zustande gekommen und setzen wir hier auch einmal die gleichen Bildungschancen voraus, so kann gerechterweise dagegen nichts einzuwenden sein. Der Begriff Gerechtigkeit erhält erst einen eindeutigen Inhalt, wenn man das Bedürfnisprinzip außer acht läßt und an seine Stelle das Leistungsprinzip treten läßt. Die Marktwirtschaft basiert auf dem Prinzip der optimalen Nutzung der Ressourcen, angetrieben durch den Drang nach Befriedigung des Eigennutzes. Eine solche Ordnung ist gerecht, wenn kein Marktpartner durch Monopole ein Übergewicht hat und sein Anteil an der Produktion allein Ergebnis seiner Leistung und seines marktgerechten Verhaltens ist.

Entscheidungsfreiheit durch Marktfreiheit

Es sollen noch einige Bemerkungen zum Problem der Kontrolle folgen. Was in der Politik immer wieder auf Schwierigkeiten stößt, ist in einer Wettbewerbswirtschaft jederzeit praktizierbar, nämlich ein hoher Grad an Öffentlichkeit und Kontrolle. Während der Wähler nur etwa alle vier Jahre zur Wahlurne gehen kann, wirken die Konsumententscheidungen, soweit sie von den Produzenten nicht steuerbar sind, von Geschäft zu Geschäft und von Markt zu Markt in den gesamten Wirtschaftsprozeß hinein. In diesem Sinne kann von einer Kontrolle der Wirtschaft durch die Konsumenten im umfassenden Sinne gesprochen werden. Gerade durch diese Form der Kontrolle von Interessen durch

Interessen wird bewirkt, daß die Produktion in den Dienst der Konsumenten genötigt wird. Kontrolle kann nur dann wirkliche Bedeutung erlangen, wenn die Verbraucher Alternativen zu ihrer Wahl haben, die nur freie Märkte mit Konkurrenz bieten können. Der Wirkungsgrad dieser Kontrollen wird davon abhängen, welche Ordnungsformen in der Wirtschaft verwirklicht sind oder verwirklicht werden sollen. So wird z. B. die Kontrolle einem Monopol gegenüber unwirksam, womit es sich als antidemokratisch erweist, was einen demokratischen Staat zu einer Bekämpfung der Monopolbildung mit marktkonformen Mitteln herausfordern müßte.

„Eng verbunden mit der Funktion der Märkte als demokratisches Kontrollorgan steht die Aufgabe, dem Individuum alle Tore und Wege weit zu öffnen, damit es seine Anlagen und Fähigkeiten verwirklichen kann. Der richtige Mann (und die richtige Frau; d. V.) am richtigen Platz, unabhängig von Geburt, Privilegien und anderen sozialen und politischen Barrieren, das ist auch ein allgemeines demokratisches Prinzip. In einer freien Wirtschaft wird diesem Prinzip in einer weit wirkungsvolleren Weise als in der Politik Rechnung getragen. Auf politischem Gebiet ist ein Erfolg nur möglich mit Hilfe einer Mehrzahl des Volkes. Auf dem ökonomischen Gebiet und anderen Gebieten außerhalb der Politik ist es oft so, daß der Grund zu einem Fortschritt durch eine einzelne Person gelegt wird, lange bevor überhaupt eine größere Zahl von Menschen es fassen und beurteilen kann, worin ihr Einsatz besteht. Alle Pionierarbeit auf wissenschaftlichem, technischem und wirtschaftlichem Gebiet wird immer nur von einem kleinen Kreis, einer Minorität beurteilt, und das geschieht lange bevor die Majorität überhaupt begreift, wie bedeutungsvoll sie für die Allgemeinheit ist¹⁰).“ In der Frage der Kontrolle und der Möglichkeit, jedem einzelnen die Selbstverwirklichung zu gewährleisten ist der freie Markt bisher nicht übertroffen worden.

Angesichts der Gleichgewichtsstörungen unserer sogenannten sozialen Marktwirtschaft wird heute die Forderung nach einer Demokratisierung der Wirtschaft erhoben. Die politische Demokratie müsse eine ökonomische Demokratie im Gefolge haben. Dieser schematischen Ordnungsfolge kann nach dem, was hier ausgeführt worden ist, nicht

**Soziale Marktwirtschaft
verzerrt den
Wettbewerb**

zugestimmt werden; denn es sollte deutlich geworden sein, daß bereits vor dem Aufkommen des allgemeinen Stimmrechts wesentliche demokratische Grundsätze in den freien Märkten vorhanden waren. Trotzdem gibt es starke Kräfte, die die Marktwirtschaft in ihrer gegenwärtigen Struktur manipulieren wollen. So heißt es z. B. im Godesberger Programm der SPD: „Wirksame öffentliche Kontrolle muß Machtmißbrauch der Wirtschaft verhindern. Ihre wichtigsten Mittel sind Investitionskontrolle und Kontrolle marktbeherrschender Kräfte¹¹⁾.“ Und an anderer Stelle: „Die Marktwirtschaft gewährleistet von sich aus keine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung. Dazu bedarf es einer zielbewußten Einkommens- und Vermögenspolitik¹²⁾.“ Zur ersten Forderung ist bereits an anderer Stelle festgestellt worden, daß der freie Markt autonome Kontrollfunktionen entwickeln kann, auf deren ungestörtes Auswirken allein zu achten wäre. Es ist nun einmal eine Erfahrungstatsache, daß gesellschaftliche Kontrolle, wie sie auf freien Märkten geschieht, in ihrer Effizienz durch bürokratische Kontrolle nicht zu übertreffen ist.

Gewichtiger erscheint dann schon die zweite Zielsetzung in Richtung auf eine gerechtere Vermögensverteilung. Die Ungleichmäßigkeit der Vermögensverteilung auf Grund fehlerhafter Chancengleichheit, die eine Leistungsgerechtigkeit nicht aufkommen läßt, ist zweifellos eine Herausforderung. Machtzusammenballungen auf der einen Seite haben zunehmende Abhängigkeiten auf der anderen herausgebildet. Die daraus resultierenden Wettbewerbsverzerrungen widersprechen den Grundsätzen der Marktwirtschaft. Vorstellungen, die Einkommensumverteilung von staatswegen über eine Steuerpolitik zu betreiben, müssen als eine Verirrung in statisch-bürokratisches Denken abqualifiziert werden. Befriedigung könnte diese Politik bei keinem der Beteiligten auslösen, zumal zu ihrer Sicherung wieder ein ganzer Rattenschwanz stützender Maßnahmen erforderlich wäre. Den Machtzuwachs, den der Staat als Umverteiler dabei erfährt, wollen wir dabei nicht unerwähnt lassen.

Sozialisierung der Kapitalbildung

Ein dynamisch-funktionales Denken wird nach einer Konfliktlösung Ausschau halten, die dem Marktgeschehen konform ist, die den Konflikt ursächlich ergründet und die Weichen stellt, damit sich die Spannung, in diesem Fall die Wettbewerbsverzer-

rung, wieder zum Vorteil eines gleichberechtigten Wettbewerbs ausgleichen kann.

Der uneingeschränkte Wettbewerb, der alle Wirtschaftenden voneinander abhängig macht und keine Machtkonzentration aufkommen läßt, ist bis heute eine Forderung geblieben, weil die Kapitalkonzentration einem kleinen Teil der Bevölkerung nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch eine Machtposition verschafft hat, aus der weithin Abhängigkeiten gewachsen sind. Dieser Vormachtstellung der Kapitaleigner könnte auf zweierlei Art begegnet werden:

1. Ständige Nachfrage nach Arbeitskraft und somit Steigerung der Löhne sowie der privaten Vermögensbildung, und
2. wachsende Kapitalbildung bei wachsender Produktion und sinkender Rendite, die in den Lohnfonds übergeht.

Je weiter man auf diesem Wege einer Entfesselung des Wettbewerbs kommen kann, desto unabhängiger und freier wird die Position der Menschen werden. Im Grunde genommen handelt es sich um eine Sozialisierung der Kapitalbildung, indem man die Voraussetzungen schafft, daß sie auf organischem Wege ohne dirigistische Umverteilung in allen Bevölkerungsschichten vor sich gehen kann. So gesehen kommt die Gefahr, die der Demokratie im Kapitalismus droht, nicht vom Kapital her, sondern sie resultiert aus der Tatsache, daß die Kapitalbildung bisher nur einem kleinen Teil der Bevölkerung vorbehalten geblieben ist.

Dem Versuch, Marktwirtschaft als die ordnungspolitische Voraussetzung von Demokratie zu erkennen, folgt nun eine Betrachtung, in der gesellschaftlicher Wettbewerb in Bezug gesetzt werden soll zum Individuum und seiner Triebkonstitution, wobei die auf der Psychoanalyse basierenden Erkenntnisse der Sozialpsychologie hilfreich sein werden.

Dazu bedarf es eingangs der Klärung des Begriffes der Aggression. Der Wortsinn wird am ehesten aus einer wörtlichen Übersetzung des lateinischen Ursprungswortes — ad-gredi, d. h. darauf zugehen — verständlich. Es ist zur Erhaltung des Lebens notwendig, im aktiven Sinne auf etwas zuzugehen.

Was ist Aggression?

„Aggression ist eine Grundverhaltensform, die durch Schmerz, Angst, Wut, Provokation, Bedrohung der Stellung in der Rangordnung, Überfüllung und andere innere und äußere Reize ausgelöst, verstärkt oder vermindert und durch Lernerfahrung entscheidend beeinflußt werden kann¹³).“

„Wir definieren Aggression als jene dem Menschen innewohnende Disposition und Energie, die sich ursprünglich in Aktivität und später in den verschiedensten individuellen und kollektiven, sozial gelernten und sozial vermittelten Formen von Selbstbehauptung bis zur Grausamkeit ausdrückt¹⁴).“

„Das weite Spektrum der Aggression reicht von Aktivität bis zur Zerstörung, von symptomatischer Aggression als Kontrollverlust in allen Schattierungen unbewußter und bewußter Vorgänge bis zur Aggression als geplanter Strategie, von organisierter Struktur bis zur Gewalt: der offenen, manifesten, unmaskierten Ausdrucksform der Aggression¹⁵).“

„Alle Gewalt ist Aggression, aber nicht jede Aggression ist Gewalt. Aggression und Gewalt sind grundsätzlich voneinander zu unterscheiden¹⁶).“

Es sind also nicht nur Frustrationen (Versagungen), die Aggressionen hervorrufen, sondern wir müssen uns der Tatsache stellen, daß der Aggressionstrieb eine ererbte Konstante der menschlichen Triebkonstitution ist und einer biologischen Aufgabe dient, nämlich der Arterhaltung als auch dem Schutz des einzelnen. Die Frustrationsthese legt den irrigen Schluß nahe, daß durch Abschaffung von Frustrationen bei Aufhebung des repressiven Charakters der Gesellschaft Aggression überhaupt verschwinden könne.

Der Drang zur aggressiven Entlastung, den wir heute in zunehmendem Maße beobachten können, hat sicherlich seine Ursachen in dem Unterdrückungs- und Versagungscharakter unserer Industriegesellschaft, deren Möglichkeiten des Auslebens straffreier Aggressionen begrenzt sind.

**Der Aggressionstrieb –
eine Grundmacht
unseres Lebens**

Unserer Gesellschaft erwächst daraus ein ordnungspolitischer Auftrag. Wenn wir den Aggressionstrieb als eine Grundmacht des Lebens akzeptieren und den in der Frustrations-Aggressions-Hypothese enthaltenen unfruchtbaren Optimismus

aufgeben, dann müssen wir auch den Freiraum schaffen, in dem sich die sublimierten Formen der Aggression entwickeln und ihre konstruktiven Seiten entfalten können. Das wiederum wird nur in einer freien Wettbewerbsordnung möglich sein, denn in jedem Menschen lebt das Streben nach Überlegenheit, nach Macht oder doch nach Selbstbestätigung. Es wäre keine neue Erfindung gemacht und kein Fortschritt der Menschheit erzielt worden, wenn nicht Intoleranz und Aggression dem Alten gegenüber aufgetreten wären, um demgegenüber das Neue heftig zu erstreben. Aggression und Schöpfung gehen Hand in Hand¹⁷⁾.

Wir müssen eine deutliche Trennung vornehmen zwischen Aggression als Trieb zur Lebenserhaltung und den psychopathisch begründeten Äußerungen wie Feindseligkeit, Haß und Zerstörungswut. Aggression wird nur gefährlich, wenn sie unterdrückt und verleugnet wird und durch Frustration die individuelle Kontrollinstanz einschränkt. Hier hat insbesondere die Sexualfeindlichkeit unserer Gesellschaft einer Triebumbildung im Sinne der Verstärkung der Kultureignung des Menschen durch eine auf Verdrängung gerichtete repressive Erziehung entgegengewirkt.

Der Mensch, der fähig ist, sich selbst zu behaupten, ist seltener bössartig. Es ist der Schwache, meint Anthony STORR¹⁸⁾, der uns am ehesten von hinten erdolcht. Die Überlastung des Individuums mit unerfüllten, vornehmlich aggressiven Triebregungen, die ihm im Prozeß der Anpassung an die Normen der Gesellschaft erwachsen sind, führen zu einem Aggressionsstau und in der Folge zu gesellschaftsstörendem Verhalten, das einen entbehrten und scheinbar unerreichbaren Lustgewinn ersetzen soll.

Noch ist kein Ende dieser Entwicklung abzusehen, zumal den gesunden Aggressionsäußerungen in Gestalt einer ziel- oder sachgerichteten Aktivität im Rahmen unserer Gesellschaft zunehmend weniger Spielraum bleibt und dem Versuch des Individuums, sich von der Masse abzusondern und seine Identität zu finden, in einer auf Konzentration und existenzielle Unselbständigkeit gerichteten Wirtschaftsordnung immer engere Grenzen gezogen werden.

In einem vom Magazin „stern“¹⁹⁾ veröffentlichten Interview mit dem schwedischen Ministerpräsidenten-

**Trotz Wohlstand
unzufrieden?**

ten Olof PALME antwortet dieser auf die Frage, was er denn als den Motor der Wirtschaft ansehe: „Wir glauben, es wäre besser, statt Konkurrenz eine entspannte Zusammenarbeit zu haben. Ich glaube, die Menschen werden dadurch glücklicher werden. Vielleicht kann man das Leistungsprinzip in keiner Gesellschaft ganz abschaffen, aber man soll es auch nicht multiplizieren¹⁹⁾.“

Auf derselben Seite des „stern“ wird von einer internationalen Umfrage des schwedischen Instituts für Meinungsforschung (SIFO) berichtet, die im Jahre 1970 in mehreren Industriestaaten mit dem gleichen Wortlaut veranstaltet wurde: „Haben sie für ihre Lebensbedürfnisse mehr als sie brauchen, haben sie genug oder haben sie weniger¹⁹⁾?“ Während in Deutschland auf diese Frage nur 19 % mit „weniger“ antworteten, also ausgesprochen unzufrieden waren, zeigten sich in Schweden, einem Land mit höherem Lebensstandard und sehr viel geringerem sozialen Gefälle, 39 % unzufrieden. Schweden hat das perfektteste soziale Schutzsystem, das ein Staat bisher entwickelt hat. Nach Angaben in der gleichen Nummer des „stern“ liegen die öffentlichen Sozialleistungen in Schweden pro Kopf und Jahr bei DM 1867, in der Bundesrepublik dagegen bei DM 1674.

Das Ergebnis der Umfrage zeigt, daß die Zufriedenheit der Menschen in Schweden mit den wachsenden Sozialleistungen nicht Schritt gehalten hat, sondern vielmehr im umgekehrten Verhältnis dazu steht. Offenbar ist an die Befriedigung nahezu aller materiellen Bedürfnisse wie Nahrung, Kleidung, Wohnung und soziale Sicherheit nicht unbedingt auch die seelische Zufriedenheit geknüpft, zumal auf Grund der vom Gleichheitsdenken diktierten nivellierenden Wohlfahrtspolitik des Staates beim einzelnen Bürger das ungute Gefühl genährt wird, nicht als Ergebnis des eigenen Tuns, der eigenen Tüchtigkeit in den Genuß des besseren Lebens gelangt zu sein. Es fehlt der Stolz auf die eigene Leistung, wodurch der Identitätsfindung und Selbstverwirklichung des einzelnen hätte Vorschub geleistet werden können. Übrig bleibt nur ein erwartungsvolles Hinstarren auf den Staat und eine Steigerung der Erwartungen ihm gegenüber, die die Eigeninitiative lähmt und die Machtomnipotenz des Staates fördert. Erich FROMM hat darauf hingewiesen, daß die höchsten Raten an Selbstmord und Alkoholismus in Ländern zu finden sind, die allgemein als die demokratischsten, friedlichsten

und wohlhabendsten angesehen werden. Dänemark, die Schweiz, Finnland, Schweden und die USA führen die Liste an²⁰).

Selbstmord und Alkoholismus sind offenbar gleichermaßen ein Ausdruck für den Weg, auf dem sich Menschen selbst zerstören. Nun liegen die Hauptursachen für den Selbstmord gerade nicht in der Gesellschaftsstruktur, also etwa in dem zahlenmäßigen Verhältnis zwischen Armen und Reichen, sie sind vielmehr in der seelischen Gesundheit und in den Konflikten des einzelnen Menschen mit seiner Umwelt zu suchen. Das braucht nicht zu bedeuten, daß es unter den Konfliktursachen nicht auch eine große Zahl von wirtschaftlichen Faktoren gibt, die auf gesellschaftliche Umstände zurückgeführt werden können. Es drängt sich die Frage auf, ob nicht eine Ursache darin zu suchen ist, daß die Wohlstandsgesellschaft uns verhätschelt, indem sie uns gegen Hunger, Krankheit und die sonstigen Widrigkeiten des Lebens schützt. Anthony STORR sieht auf unserem langweiligen Wege vom weichgefederten Kinderwagen bis zum geschmackvollen Sarg keine Gelegenheiten für Heldentum, für Selbstaufopferung und für Identifizierung mit Anlegen, die über unsere kleinlichen Kämpfe um Anerkennung, Ansehen oder Herrschaft in unserer menschlichen Hackordnung hinausgehen²¹). Der Mensch kann in einer solchen Gesellschaft seine Aggression nicht aufarbeiten, also richtet er sie gegen sich selbst. Vorzug verdient eine Lebenshaltung, die einiges Vergnügen darin findet, Hindernisse zu überwinden oder sich Gefahren auszusetzen, meint STORR, um dann fortzufahren: „In der Vergangenheit hat der Krieg den Menschen Gelegenheiten gegeben, sich bis zum äußersten anzuspannen, wodurch sie nicht nur ihre Stärke bewiesen, sondern Möglichkeiten erweckt haben, von denen sie unter friedlichen Bedingungen vielleicht nicht einmal geträumt haben würden²²).“

Der Wohlfahrtsstaat ist eine Gefahr und man sollte sie nach MITSCHERLICH in dem ungewöhnlichen Maß an Triebverzicht sehen, die dem Menschen abverlangt werden, und in dem Erleben des einzelnen, daß ohne diese Verzichtleistung keine Verwöhnung mit Konsumgütern erreichbar ist²³). Diese vom gegenseitigen Nutzen bestimmte Abhängigkeit von Staat und Individuum läßt bei diesem jene aggressive Gereiztheit entstehen, die immer dann nach Entlastung verlangt, wenn die Quellen dieses

Ist der Wohlfahrtsstaat eine Gefahr?

nährenden und verwöhnenden aber doch das Individuum mißachtenden Staates nicht nach Verlangen fließen. Der Aggressionsstau treibt den Menschen zu ziellosen Entlastungen, falls der Wohlfahrtsstaat einmal versagt, und macht ihn gegenüber den Verführungskünsten von Demagogen ziemlich schutzlos. Der Mensch des Wohlfahrtsstaates ist seiner Triebstruktur nach also latent auf faschistische bzw. faschistoide Herrschaftsformen angelegt. MITSCHERLICH sagt: „Wenn wir große Kraftaufwendungen in der Abwehr, in der Verdrängung machen müssen, fehlt uns diese Energie für die differenzierten Aufgaben, die sich bei bewußter Orientierung in der Welt stellen²⁴).“

Keine Gesellschaft ohne Wettbewerb

Einer sublimierten Aggressionsabfuhr steht die heute vom modernen Menschen fast unablässig, wenn auch unbewußt erfahrene Selbstentwertung im Wege, die in dem fortwährenden Anpassungszwang erlebt wird. Die störenden Aggressionsausbrüche wachsen nach Zahl, Umfang und Intensität mit dem Erlebnis der Selbstentwertung des Menschen und bestimmen den Trend der ansteigenden Süchtigkeit nach Ersatzbefriedigungen in unserer Industriegesellschaft. Es scheint sehr wahrscheinlich, meint STORR, daß die Unterdrückung unserer aggressiven Triebe dazu führt, Disharmonie in uns selbst zu verursachen; denn „wenn man nach der Popularität der Gewalttätigkeit auf dem Bildschirm des Kinos und Fernsehens urteilt, wenn man sich das starke Verlangen vor Augen hält, mit dem wir Box- und Ringkämpfe beobachten und uns über Morde freuen, von denen wir lesen, so scheint es sicher, daß wir automatisch und unausweichlich ständig Gelegenheiten für den stellvertretenden Ausdruck unserer aggressiven Triebe suchen²⁵).“

Die Zunahme der ungesteuerten Aggressionsäußerungen und ihre gesellschaftsschädigenden Wirkungen werden heute schon im Hinblick auf die Zunahme der Kriminalität nicht mehr bagatellisiert. Weniger anerkannt sind jedoch die empirischen Untersuchungen, die die Ursachen u. a. auch in den geringen Möglichkeiten der Selbstdarstellung und Selbstbestimmung des Individuums im Rahmen unserer Wirtschaftsverfassung sehen. So sagt MITSCHERLICH, daß keine Gesellschaft ohne Wettbewerb auskommen könne, worin er auch bestehe²⁶), und STORR bestätigt diese Ansicht, wenn er schreibt: „Der Mensch ist aggressiv,

reviergebunden und vom Konkurrenzstreben beherrscht. Zudem ist er ein soziales Wesen, das sowohl die Hilfe anderer als auch Gegner braucht, von denen es sich unterscheiden kann, um sein eigenes Identitätsgefühl zu bekräftigen²⁷⁾."

Die Begriffe Konkurrenz und Konkurrenzkampf haben im Gegensatz zu dem Begriff Wettbewerb unter dem Eindruck der insbesondere vom Marxismus herkommenden Kritik eine negative Ausformung erfahren, der entgegengetreten werden muß. So macht der marxistische Philosoph Ernst BLOCH durchaus einen Unterschied zwischen Krieg und Kampf, wobei Kampf für ihn „menschenfreundlich“, „geburtshelferisch“ und Ausdruck „sozial-humaner Vernunft“ ist²⁸⁾. Dem Kampf werden also nur vernünftige, progressive Absichten zugeschrieben, eine Feststellung, die insbesondere gegenüber den marxistischen Anhängern der hier widerlegten Frustrations-Aggressions-Hypothese behauptet werden muß. Die psychologischen Voraussetzungen, die die Kommunisten an die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln geknüpft haben und damit an die Aufhebung des Wettbewerbs, bezeichnet Sigmund FREUD als haltlose Illusion, um dann fortzufahren: „Mit der Aufhebung des Privateigentums entzieht man der menschlichen Aggressionslust eines ihrer Werkzeuge, gewiß ein starkes, und gewiß nicht das stärkste. An den Unterschieden von Macht und Einfluß, welche die Aggression für ihre Absichten mißbraucht, daran hat man nichts geändert, auch an ihrem Wesen nicht. Sie ist nicht durch das Eigentum geschaffen worden, herrschte fast uneingeschränkt in Urzeiten, als das Eigentum noch sehr armselig war...²⁹⁾."

Im sozialistischen Lager kann man seit langem wieder Ansätze zum Wettbewerb hin feststellen. Sozialistischer Wettbewerb und materielle Interessiertheit werden praktiziert und gefördert. Dort, wo man den Sozialismus menschlicher machen wollte, wie in Jugoslawien, und durch die weitgehende Autonomie der Betriebe bei Aufrechterhaltung der zentralen Planungsinstanzen einen größeren Wettbewerbsspielraum ermöglichte, hat sich gezeigt, daß man den Wettbewerb nicht nur auf den Bereich der Wirtschaft isolieren kann, sondern daß Wettbewerb ein Lebelement ist, das auch vor dem politischen Monopol einer zentralistisch

Vom menschenfreundlichen Wettbewerb

geleiteten Partei nicht halt machen will, wie die kürzlichen Auseinandersetzungen in und um Kroatien gezeigt haben. Das Fehlen von Wettbewerb führt unausweichlich zur bürokratischen Erstarrung, und es ist eine Frage, ob die in der VR China bisher jedenfalls praktizierte permanente Revolution, die in einem gewollten Prozeß ständig gesellschaftliche Gruppen gegeneinander geführt hat, nicht die Absicht verfolgte, einer der Zentralverwaltungswirtschaft immanenten bürokratischen Erstarrung entgegenzuwirken.

Wettbewerb als sublimierte Aggression

Die auf der Psychoanalyse basierenden sozialpsychologischen Erkenntnisse verlangen eine Förderung des Wettbewerbs auf allen möglichen Gebieten, damit dem sublimierten Aggressionstrieb, der uns als Aktivität begegnet, weite Möglichkeiten geschaffen werden können. Die Gesellschaft ist nicht durch die Aggressivität des Menschen gefährdet, sondern durch die Unterdrückung seiner aggressiven Strebungen. „Das metaphysische Hindernis aller Moral“, schreibt Kant, „ist die Verweigerung der Freiheit.“ Nur eine freie Entscheidung schafft eine Wertordnung von Bestand und verhindert damit ein Unbehagen in der Kultur. Eine Kultur, die Verdrängung von Aggression als moralische Leistung preist, widerspricht der Bestimmung des Menschen und führt zu einer schließlich gesellschaftsschädigenden Doppelmoral. Der entscheidende kulturelle Schritt war in dem Augenblick getan, in dem die Macht des einzelnen ersetzt wurde durch die Macht der Gemeinschaft³⁰). Sigmund FREUD sagt: „Ein Teil des Ringens der Menschheit staut sich um die eine Aufgabe, einen zweckmäßigen, d. h. beglückenden Ausgleich zwischen diesen individuellen und den kulturellen Massenansprüchen zu finden, es ist eines ihrer Schicksalsprobleme, ob dieser Ausgleich durch eine bestimmte Gestaltung der Kultur erreichbar oder ob der Konflikt unversöhnlich ist³¹).“ Der Konflikt zwischen individuellen und kulturellen Ansprüchen wird unversöhnlich bleiben, aber er kann fruchtbar werden im Hinblick auf die Höherentwicklung beider, wenn der Triebfeder aller menschlichen Tätigkeit, nämlich dem Streben nach Nutzen und Lustgewinn der nötige Freiraum eingeräumt wird, wie ihn eine Marktwirtschaft gewährt. Dazu müssen wir lernen, daß auch im Kampf unser Gegenüber ein Mensch wie wir selber ist, der auf die gleiche Weise denkt, entscheidet und die

gleichen Ziele verfolgt wie wir. Diese „Assumption of similarity“, wie Prof. RAPOPORT formuliert hat, diese „Annahme der Ähnlichkeit“ ist ein entscheidender Schritt auf dem Wege zu humanisierten Formen des Abreagierens menschlicher Aggressionen.

Anthony STORR weist darauf hin, daß die Menschen sich in relativ kleinen Gemeinschaften glücklicher fühlen und daß es oft die Größe und Komplexität unserer zivilisatorischen Institutionen ist, die Aggressionen sich in Haß verwandeln lassen, und er schreibt dazu: „Wenn ein Mensch sich als unwichtiges Rädchen in einer gewaltigen Maschine vorkommt, kann er weder Selbstbewußtsein und ein Gefühl für Würde entwickeln, noch hat er die Möglichkeit aggressiver Selbstbestätigung... Der selbständige Handwerker im Bewußtsein eigener Leistung hegt seinen Mitmenschen gegenüber weniger leicht feindselige Gefühle als der Angestellte im Großbetrieb, der sich als Null empfindet³²⁾.“ Sicher sind Gemeinschaften ideal, die personell so begrenzt sind, daß ihre Angehörigen ihre Persönlichkeit ausdrücken können und durch ständigen Wettbewerb mit kleineren Nachbargruppen zu individueller Leistung angespornt werden. Wenn demgegenüber heutzutage z. B. verstärkt die Zentralisation des Bildungswesens oder eine überregionale Regierung in der EWG oder sogar im Weltmaßstab gefordert und in diesem Zusammenhang immer von einer dadurch erreichbaren größeren Effizienz dieser Einrichtungen gesprochen wird, so kann im Gegensatz dazu nur gefordert werden, die Menschen vielmehr in kleinere Gruppen mit größerer Selbständigkeit aufzuteilen, um dadurch mehr Wettbewerb möglich werden zu lassen. Die Aufgabe zentraler Regierungen und Verwaltungen sollte nur darin bestehen, darüber zu wachen, daß die so erreichte Machtverteilung nicht wieder in Machtkonzentration und damit Wettbewerbsminderung degeneriert. STORR erwähnt den schweizer Psychoanalytiker C. G. JUNG, der durch die z. T. auch heute noch relativ kontroverse Innenpolitik der Schweiz mit der Rivalität der einzelnen Kantone das Aggressionsproblem der Schweiz intern gelöst sieht, was deren Außenpolitik immerhin bestimmen haben könnte. In dieser Richtung ständen der Förderung des Wettbewerbs auf nationaler und internationaler Ebene sicherlich noch viele Möglichkeiten offen, die

**Mehr Wettbewerb
durch
Dezentralisierung**

neben dem sportlichen Wettkampf und der Welt-
raumforschung, deren Kosten man einmal unter
diesem psychologischen Gesichtspunkt betrachten
sollte, noch realisierbar wären. Es ist eine Denk-
möglichkeit, daß von den UN Internationale Jahres-
wettbewerbe ausgeschrieben werden, was das
sicherste Auto, den humansten Strafvollzug, den
besten Umweltschutz betrifft, um nur einige Bei-
spiele zu geben.

Selbstverwirklichung durch neue Besitzverhältnisse

Zurück aber zum Wirtschaftsprozeß und der Mög-
lichkeit für das Individuum, durch Wettbewerb
zur Selbstverwirklichung zu gelangen. Das Rad der
Entwicklung wird nicht wieder zurückdrehen
sein, und der selbständige Handwerker kann mit
den individualisierenden Vorzügen seines Berufs
gegenüber der zur Konzentration drängenden ent-
persönlichten Großindustrie nur eine Ausnahme-
erscheinung bleiben. Entgegengetreten müssen wir
aber der Meinung, die Konzentration in der Wirt-
schaft sei ein unausweichlicher Prozeß, der zum
Zwecke billigerer Produktion, zur Minderung des
Konkurrenzdruckes und damit zur Gewinnmaximie-
rung beitrage. Eine wesentliche, wenn nicht die
entscheidende Ursache der Konzentration muß
vielmehr in der schnelleren und leichteren Befriedi-
gung des Kapitalsdienstes und der Amortisation
des Kapitals gesehen werden, zumal die Konzen-
tration mehrerer Betriebe einer Branche unter dem
Dach einer Kapitalgesellschaft erhöhte Möglichkei-
ten der Eigenfinanzierung eröffnet. Wenn in einer
kapitalismusfreien Marktwirtschaft, in der nur noch
Leistung und kein Kapital mehr entlohnt wird, der
Zins bis auf die Risikoprämie absinkt, dürften
diese Voraussetzungen der Unternehmenskonzen-
tration entfallen.

Wir stehen vor einer symbiotischen Verkoppelung
der Fragen nach einer kapitalismusfreien Markt-
wirtschaft, nach einer Erweiterung des Wettbe-
werbs und nach einer Sublimierung, d. h. Soziali-
sation des menschlichen Aggressionstriebes. „Be-
sitz und Aggression im herkömmlichen Stil“, sagt
MITSCHERLICH, „bedingen einander. Die neue
Besitzform muß die Befriedigung der Selbstdar-
stellung enthalten³³⁾.“ Eckard BEHRENS hat sich in
„Fragen der Freiheit³⁴⁾“ mit diesem Problemkreis
beschäftigt, und seinen Ausführungen soll hier im
wesentlichen gefolgt werden. Die Ursache der Ent-
fremdung und Fremdbestimmung des Arbeitneh-

mers liegt in dem ökonomischen Interessengegensatz zwischen ihm als Arbeitnehmer und dem Unternehmer. Während die Unternehmer die Arbeitnehmer zu höheren Leistungen drängen, versuchen diese sich jenem Drängen zu entziehen. Eine Abschaffung dieses Abhängigkeitsverhältnisses, das sich im Lohnverhältnis ausdrückt, kann nur durch eine Ertragsbeteiligung des Arbeitnehmers überwunden werden, die wiederum aber eine Vollbeschäftigung mit einer damit verbundenen stärkeren Unabhängigkeit des Arbeitnehmers voraussetzt.

Damit wäre die Möglichkeit für eine echte Mitbestimmung gegeben, denn wer über die Ertragsbeteiligung das Unternehmensrisiko mitträgt, muß auch bei risikohaften Entscheidungen der Unternehmensleitung mitbestimmen dürfen. Ein Schritt über die Ertragsbeteiligung hinaus läge in der Kapitalbeteiligung des Arbeitnehmers, wodurch sein Abhängigkeitsverhältnis völlig aufgehoben wäre. Eine kontinuierliche Vollbeschäftigung bei wachsendem Kapitalangebot wieder vorausgesetzt. Damit würde die Arbeit unter hochindustrialisierten Produktionsbedingungen zum Mittel der Selbstverwirklichung des Menschen werden oder doch wesentlich dazu beitragen können, was der Arbeit eine neue Qualität gäbe, die durch Mitbestimmung, Mitbeteiligung und Mitverantwortung gekennzeichnet wäre. War dem Lohnabhängigen bisher durch die Risikoüberwälzung auf den Unternehmer die Verantwortung für das eigene Tun entzogen und seine Selbstverwirklichung durch die Abtrennung seiner Tätigkeit von den ökonomischen Erfolgen oder Mißerfolgen seines Arbeitgebers geschwächt, so eröffnet sich nun dem Arbeitnehmer die Perspektive, durch Ertrags- und möglicherweise auch Kapitalbeteiligung vom Wirtschaftsuntertanen zum freien Wirtschaftsbürger und damit gleichberechtigten Wirtschaftspartner aufsteigen zu können³⁵). Mit der größeren Wettbewerbsbreite hat sich auch die Leistungsbreite erhöht und damit die Möglichkeit des Individuums zu Selbstdarstellung, Anerkennung, Aktivität, also für Sublimation der Aggression.

Wir können davon ausgehen, daß es außer der Marktwirtschaft keine Wirtschaftsordnung gibt, die neben der Realisierung hoher Produktivität der

Vom Wirtschaftsuntertanen zum freien Wirtschaftsbürger

Durch den freien Markt zum freien Menschen

menschlichen Natur in so vollkommener Weise entspricht. Das nicht erkannt zu haben, ist die fundamentale Schwäche der Neuen Linken, die somit auf die überholten Positionen von Karl MARX zurückfallen mußte. MARX identifiziert den freien Markt mit dem Kapitalismus, weil er die Ursachen der Ausbeutung im Privatbesitz an den Produktionsmitteln entdeckt zu haben glaubte. Kapitalismus ist aber, wie die historische Erfahrung lehrt, unter weitgehender Ausschaltung marktwirtschaftlicher Prinzipien unter den Bedingungen einer staatlichen Planifikation oder Wirtschaftsplanung praktizierbar und entwickelt sich wahrscheinlich auch dorthin. Sehen die Marxisten im Kapitalismus eine spezielle historische Kategorie, so kann das auf die Marktwirtschaft nicht zutreffen, weil es sich bei ihr um eine seit der Ausbreitung der Geldwirtschaft durch alle Entwicklungsepochen hinführende generelle Erscheinung handelt, sofern sie nicht durch staatlichen Dirigismus wie etwa im Zeitalter des Merkantilismus gelähmt wurde. Mit der Ablehnung des freien Marktes erliegt die Neue Linke einer verhängnisvollen idealistischen Verkenning der menschlichen Natur, auf die bereits Sigmund FREUD hingewiesen hat³⁶). Wenn Erich FROMM als Marxist und Psychoanalytiker sagt, daß Sozialismus nicht nur ein sozialökonomisches und politisches Programm sei, sondern daß es die Verwirklichung der Ideale des Humanismus unter den Bedingungen einer industriellen Gesellschaft anstrebe, so liegt in dieser Aussage doch eine Warnung vor der gängig gewordenen Reduzierung sozialistischer Programme auf eine rein materielle Umwälzung der bestehenden Verhältnisse im marxistischen Sinne, aus der sich dann ganz automatisch humanere Verhältnisse ergeben sollen. Es ist immerhin interessant, daß die linken Intellektuellen in den Oststaaten, die in Opposition zu den etablierten Systemen der kommunistischen Parteien stehen, darüber staunen, wenn sich so viele Linke im Westen von einem Seminar-Marxismus dazu verleiten lassen, eine Gesellschaftsform anzustreben, die sich in der östlichen Praxis als weit konservativer als der Kapitalismus ausgewiesen hat.

Der Mensch als das Maß aller Dinge

Nicht der Mensch ist einer Ordnung anzupassen, sondern eine Ordnung hat der menschlichen Triebausstattung gemäß zu sein, die auf Selbstverwirklichung, auf Wettbewerb, auf Kampf ums Dasein angelegt ist. Im Interesse des Menschen müssen

wir den Wert aller Institutionen auf den einzelnen beziehen, und weder die repressive und ausbeuterische kapitalistische Wirtschaftsordnung noch die praktizierten und projektierten sozialistischen Ordnungen halten diesem kritischen Maßstab stand.

Wenn hier dagegen Front gemacht wird, daß der Mensch widernatürlich durch Umerziehung seines Bewußtseins in eine geplante Ordnung eingepaßt werden soll, so wird damit der Wert und die Notwendigkeit von Erziehung für die Gesellschaft nicht geleugnet. Es besteht sicherlich ein unmittelbarer Wirkungszusammenhang zwischen Aggression und sozial erzeugter Dummheit³⁷⁾, so daß Erziehung in einer freien Gesellschaft durch Umsetzung von ungekonnter Aggression in gekonnte unabdingbar wird. Erziehung soll hier auch heißen Stärkung des Ich-Bewußtseins durch Aufarbeitung des unbewußten Triebgeschehens und dadurch Gewinnung von kritischer Anpassungsfähigkeit, Spaß am Denken, „emotionaler Vernunft“ (MITSCHERLICH), Selbstverantwortung, Neugier, Kreativität.

Wenn im Verlauf dieses Versuches immer davon ausgegangen wurde, daß Marktwirtschaft in der reinen hier angenommenen Form noch nicht existiert, so steckt darin eine Aufgabe, die in einer Wiederbesinnung auf den Selbstregelungsmechanismus eines freien Marktes gesehen werden muß.

Wir stehen heute an einem Scheideweg, wobei es sich erweisen wird, ob wir zu einer reinen Marktwirtschaft finden oder ob wir uns weiter blindlings in Dirigismus und Protektionismus stürzen. Wer den desolaten Zustand unserer Wirtschaftsordnung auf die instrumentale Unvollkommenheit der Marktwirtschaft zurückführt, die staatliche Eingriffe geradezu herausfordert, der sollte sich sagen lassen, daß man einen Kranken auch zu Tode kurieren kann. Marktwirtschaft ist ein natürlicher Prozeß, und die Faktoren, die ihn bestimmen, müssen so gestaltet sein, daß er sich selbst in der gewünschten Richtung vollzieht. Somit darf die wirtschaftspolitische Tätigkeit des Staates allein nur auf die Gestaltung der Ordnungsformen der Wirtschaft gerichtet sein und nicht auf die Lenkung des Wirtschaftsprozesses³⁸⁾. Auf die Dauer geordnet ist nur, was gerecht und in Freiheit geordnet ist und

**Freie Marktwirtschaft
– eine
realistische Utopie**

was sich als wettbewerbskonform erweist. Ordnung und Freiheit schließen sich nicht aus³⁸⁾).

„Wenn das Denken zerfällt, zerfallen die Ordnungen“, sagt KONFUZIUS. Der allgemeine Zerfall der Ordnungen um uns her sollte dazu anregen, die abgelaufenen Wege des Denkens zu verlassen. Wir sollten in der Marktwirtschaft und ihrer konsequenten Durchsetzung den sozialen Mechanismus entdecken, der eine nichtautoritäre Koordination der Wünsche, Bedürfnisse und Entscheidungen von Individuen möglich macht.

Anmerkungen

- 1) HACKER, S. 404
- 2) a.a.O. S. 411
- 3) FROMM, E. und andere: Zen Buddhismus und Psychoanalyse, München 1963 S. 103
- 4) MITSCHERLICH: Versuch, S. 48
- 5) MITSCHERLICH: Die Idee, S. 45/46
- 6) a.a.O. S. 46
- 7) a.a.O. S. 48
- 8) a.a.O. S. 95
- 9) KÜNG, S. 105 ff
- 10) SUNDBOM, S. 39
- 11) Grundsatzprogramm der SPD (Godesberger Programm) vom 13./15. November 1959, hrsgg. vom Vorstand der SPD, S. 15
- 12) a.a.O. S. 16
- 13) HACKER, S. 161
- 14) a.a.O. S. 80
- 15) a.a.O. S. 119
- 16) a.a.O. S. 135
- 17) STORR: Möglicher Ersatz, S. 43
- 18) a.a.O. S. 43
- 19) „stern“ Nr. 45 vom 31. 10. 1971, S. 84
- 20) STORR: Möglicher Ersatz, S. 46
- 21) a.a.O. S. 44
- 22) a.a.O. S. 45
- 23) MITSCHERLICH: Die Unfähigkeit, S. 342 f
- 24) a.a.O. S. 103
- 25) STORR: Möglicher Ersatz, S. 45
- 26) MITSCHERLICH: Rede zur Verleihung, S. 19
- 27) STORR: Lob, S. 167
- 28) BLOCH, Ernst: Widerstand und Friede, Manuskript der Rede für die Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels, FAZ vom 17. 10. 1967
- 29) FREUD: Das Unbehagen, S. 151
- 30) a.a.O. S. 130
- 31) a.a.O. S. 131
- 32) STORR: Lob, S. 168
- 33) MITSCHERLICH: Die Unfähigkeit, S. 352

- 34) BEHRENS, Eckhard: Mitbestimmung und Marktwirtschaft, in: Fragen der Freiheit, hrsgg. vom Seminar für freiheitliche Ordnung, 6554 Meisenheim/Glan, Herzog-Wolfgang-Straße 13 b; Heft 86, Februar 1971, S. 30 ff
- 35) a.a.O. S. 35 ff
- 36) FREUD: Das Unbehagen, S. 188
- 37) MITSCHERLICH: Rede zur Verleihung, S. 18
- 38) EUCKEN, S. 179

Literaturverzeichnis

- DOGE, F.-W.: Die Ordnung in der Wirtschaft, in: Information zur pol. Bildung, hrsgg. von der Bundeszentrale für pol. Bildung, Bonn, Folge 114, August—Oktober 1965
- EUCKEN, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen 1952
- FERBER von, Christian: Individuum und Gesellschaft, die liberale Konzeption, Hannover 1965, Niedersächsische Landeszentrale für pol. Bildung
- FREUD, Sigmund: Das Unbehagen in der Kultur, Frankfurt a. M. 1958, Fischer-Bücherei Nr. 47
- HENSEL, K. Paul: Marktwirtschaft, Wirtschaftsordnungen bürgerlicher Planung, Hannover 1965, Niedersächsische Landeszentrale für pol. Bildung
- KÜNG, E.: Der Geist der Konsumgesellschaft, in: Mitteilungen der Deutschen Genossenschaftskasse, Frankfurt a. M., April 1972
- LAUTERBACH, Albert: Kapitalismus und Sozialismus in neuer Sicht, Reinbek bei Hamburg 1963
- MITSCHERLICH, A. und M.: Die Unfähigkeit zu trauern, Büchergilde Gutenberg, o. J.
- MITSCHERLICH, Alexander: Die Idee des Friedens und die menschliche Aggressivität, Frankfurt a. M. 1969
- MITSCHERLICH, Alexander: Versuch, die Welt besser zu verstehen, Frankfurt a. M. 1970
- MITSCHERLICH, Alexander: Rede zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 1969, in: darmstädter blätter, Darmstadt, Hochschulstr. 1, Heft 12/1969
- SCHWARZ, Richard: Humanismus und Humanität in der modernen Welt, Stuttgart 1965
- STORR, Anthony: Lob der Aggression, Erkenntnisse der Verhaltensforschung, 2. Auflage, Düsseldorf und Wien 1971
- STORR, Anthony: Möglicher Ersatz für Krieg, in: darmstädter blätter, Darmstadt, Hochschulstr. 1, Heft 1/1968
- SUNDBOM, Ivar: Über das Gleichheitsprinzip als politische und ökonomisches Problem, Berlin (West) 1962
- HACKER, Friedrich: Aggression. Die Brutalisierung der modernen Welt, Wien 1971



Neuerscheinungen Sommer 1977

Sozialökonomie

mensch – technik – gesellschaft (mtg)

Zeitschrift für Sozialökonomie; 4 Ausgaben jährlich. Jeweils 32 Seiten, Einzelheft DM 4,- plus Porto, Jahresabonnement DM 16,00 incl. Porto; Probeheft gegen DM 2,00 Briefmarken.

mtg wird herausgegeben von der „Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit“ in Zusammenarbeit mit der „Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft“. mtg fördert die Wissenschaft auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere in bezug auf das übernommene Geldwesen und ein modernes Bodenrecht.

mtg – Sonderheft

Prof. Dr. Felix G. Binn

Konsequenter Monetarismus –

ein Weg zur Marktwirtschaft ohne Inflation und Arbeitslosigkeit; 36 Seiten, geh. DM 8,00

Vom gegenwärtigen Krisenbild ausgehend weist Binn, wiederum anhand instruktiver Darstellungen, nach, warum der inkonsequente Monetarismus, der Versuch einer bloßen Steuerung der Geldmenge, scheitern muß, weil auch währungspolitisch nichts gesteuert werden kann, was sich nicht bewegt. Er fordert als Konsequenz die Beherrschung des Geldumlaufes, um Inflation und Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Volkswirtschaft im Umbruch

Emil G. Diehl · Zwei Berufsökonom
men und ein Außenseiter

– Keynes – Friedmann – Gesell, 208 Seiten, Pb., DM 22,00, ISBN 3-87998-511-1. Die Bedeutung des Geldes für Vollbeschäftigung und Preisstabilität in der arbeitsteiligen Wirtschaft ist durch die Fakten der Praxis offenkundig geworden. Ebenso offensichtlich ist das Versagen der die bisherige Wirtschafts- und Geldpolitik tragenden Theorie der z. Zt. führenden Berufs-Ökonomen.

Grundanliegen des Verfassers ist es deshalb, den Nachweis zu führen, daß sowohl Keynes als auch Friedmann auf das Gedankengut Gesells zurückgreifen und es auch theoretisch weitgehend bestätigen, aber praktisch durch andere wirtschaftspolitische Vorschläge zu unterlaufen versuchen.

Zitate-Sammlungen aus den Standardwerken dienen als Material für den Nachweis, Anmerkungen des Verfassers machen die Zusammenhänge und Beziehungen sichtbar.

Prof. Dr. Felix G. Binn

Grenzen der Marktwirtschaft

40 Seiten, geh., DM 6,00

Prof. Binn, Dozent für Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik im Gesamthochschulbereich Düsseldorf, weist anhand von zahlreichen grafischen Darstellungen nach, daß Krisen und Inflation nicht Folgen der Marktwirtschaft, sondern auf deren Verfälschung insbesondere durch Fehler der Währungspolitik beruhen.

Wenn Sie pardon kaufen, kaufen Sie zwölf Zeitschriften:



Ein Spaß-Zeitschrift



Eine Grafik-Zeitschrift



Das Organ der Königstreuen



Das Nonsens-Zentralorgan



Ein Männer-Magazin



Ein Freiheits-Manifest



Eine Literatur-Zeitschrift



Ein Film-Magazin



Ein Organ für Durchblicker



Ein Emanzipationsblatt



Ein Cartoon-Weltblatt



Ein Foto-Magazin

...und eine Menge Spaß!

Inhalt

Mensch und Markt

**Marktwirtschaft –
Vehikel des
Kapitalismus**

**Marktwirtschaft
kontra
Kapitalismus**

**Wettbewerb als
menschliche
Triebkraft**

**Anpassung oder
Autonomie des
Menschen**

**Sicherheit in der
Konformität**

**Interesselosigkeit
durch
Realitätsverleugnung**

**Konsumverhalten als
Ersatzbefriedigung**

**Marktwirtschaft als
Voraussetzung von
Demokratie**

**Machtverteilung als
Kennzeichen eines
freien Marktes**

**Gleichheit als
Gleichheit der
Marktchancen**

**Entscheidungsfreiheit
durch Marktfreiheit**

**Soziale Marktwirtschaft
verzerrt den
Wettbewerb**

**Sozialisierung der
Kapitalbildung**

Was ist Aggression?

**Der Aggressionstrieb –
eine Grundmacht
unseres Lebens**

**Trotz Wohlstand
unzufrieden?**

**Ist der Wohlfahrtsstaat
eine Gefahr?**

**Keine Gesellschaft ohne
Wettbewerb**

**Vom menschenfreund-
lichen Wettbewerb**

**Wettbewerb als
sublimierte Aggression**

**Mehr Wettbewerb
durch
Dezentralisierung**

**Selbstverwirklichung
durch neue
Besitzverhältnisse**

**Vom Wirtschafts-
untertanen zum
freien Wirtschaftsbürger**

**Durch den freien
Markt zum freien
Menschen**

**Der Mensch als das
Maß aller Dinge**

**Freie Marktwirtschaft
– eine
realistische Utopie**

Chr. Gauke Verlag



Sozial-Liberale Argumente

SLA – Heft 7 Ekkehard Lindner: „Mensch und Markt“

Herausgeber: Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e. V., Postfach 3, 4650 Gelsenkirchen-Horst; Postscheckkonto Hamburg 104400-203. Copyright und Herstellung by Chr. Gauke Verlag, Postfach 1225, 3510 Hann. Münden 1; Druck: mylet-druck, Dransfeld. Printed in Germany. ISBN 3-87998-510-3